

G 2

Berufsverbote

Antragsteller: StV Düsseldorf

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 5 Die GEW NRW fordert die Landesregierung und das Landesparlament auf, die Opfer der unrechtmäßigen Berufsverbote in NRW umfassend zu rehabilitieren.
- 10 Die heute politisch Verantwortlichen des Landes sind aufgefordert, gegenüber den vom Berufsverbot Betroffenen eine entsprechende Entschuldigung vorzunehmen und im Einzelfall auch zu entschädigen.
- 15 Die Parteien des Landtags sind aufgefordert, zeitnah eine Kleine Anfrage zum Stand der Rehabilitation zu stellen und eine Kommission einzusetzen, die wie in Niedersachsen die Möglichkeiten einer umfassenden Rehabilitation prüft.
- 20 Die Akten der Gesinnungsschnüffelei aus der Zeit des sogenannten Radikalenerlasses sollen beim Verfassungsschutz für die Berufsverbotsbetroffenen und für die wissenschaftliche Arbeit zugänglich gemacht werden.
- 25 Der Landesvorstand der GEW NRW unterstützt entsprechende Initiativen von Stadt- und Kreisverbänden sowie des DGB in den anderen Bundesländern und Bundesbehörden.

Begründung:

- 30 Wir verweisen auf die Beschlusslage Resolution zum Radikalenerlass des GEW-Hauptvorstandes vom 16.3.2012 (s. Anlage)
<http://www.gew.de/suche/?q=Berufsverbote+Resolution+Hauptvorstand&id=21&L=0>
- 35 Beschluss des 23. Gewerkschaftstages der IG Metall vom Oktober 2015 https://igm-gewerkschaftstag-2015.de/wordpress/wpcontent/uploads/2015/10/gewerkschafttag15_antraege_entschliessungen.pdf
- 40 Ver.di Landesdelegiertenkonferenz im März 2013 und Bundeskongress September 2015: Antrag „Extremismusklauseln“ im Tarifvertrag zu streichen, als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand überwiesen.
- 45 Erklärung der von Berufsverbot Betroffenen am 28. Februar 2012: 40 Jahre Berufsverbot

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in folgender Fassung:

Der erste und der letzte Absatz werden zum Antrag.

Der Rest wird Teil der Begründung.

Die GEW NRW fordert die Landesregierung und das Landesparlament auf, die Opfer der unrechtmäßigen Berufsverbote in NRW umfassend zu rehabilitieren.

Der Landesvorstand der GEW NRW unterstützt entsprechende Initiativen von Stadt- und Kreisverbänden sowie des DGB in den anderen Bundesländern und Bundesbehörden.